

Antrag

- Seite 1 -

Vorlage Nr. 20080301

TOP/akt. Beratung

Sicht- und Eingangsvermerk der Schriftführung/des(r) Vorsitzenden	Datum 28.01.2008
Antragsteller/in SPD-Fraktion Fraktion "Die Grünen im Rat"	Unterschrift des(r) Antragsteller/in gez.: Dieter Fleskes gez.: Wolfgang Cordes
Empfänger Rat	Sitzungstermin 30.01.2008

Betreff

Einführung eines Sozialtickets in Bochum
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion/Fraktion "Die Grünen im Rat"

Wortlaut

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Bogestra bis zur Ratssitzung im kommenden Monat die Voraussetzungen für die Einführung eines Sozialestickets auf der Leistungsbasis der jeweils preisgünstigsten Monatstickets der Preisstufe A zu prüfen und die geeigneten Varianten für Monatskarten mit den finanziellen Auswirkungen (Abgabepreis und städtischer Zuschuss) dem Rat darzustellen. In die Rechnungsvarianten sind die entsprechenden Provisionsmodelle für Großkunden (z. B. Firmenticket der Stadt Bochum), die ablauforganisatorischen Voraussetzungen des Tickethandlings einschließlich des Inkassos sowie die sonstigen Auswirkungen durch die erhöhten Benutzerzahlen einzubeziehen.

Zum anspruchsberechtigten Personenkreis sollen gehören:

- Empfänger von Alg II oder Sozialgeld nach dem SGB II,
- Empfänger von Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII,
- Empfänger von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem AsylbLG,
- Empfänger von Leistungen der wirtschaftlichen Jugendhilfe und
- Personen, die die Einkommensgrenzen in den vorliegenden Fällen um nicht mehr als 20 % überschreiten und deshalb keinen Leistungsbezug nach diesen gesetzlichen Regelungen erhalten.

Als Eigenanteil der betroffenen Personen soll der im Regelsatz enthaltene Betrag für Mobilitätsausgaben berücksichtigt werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Prüfung wird die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag für ein Verfahren zur Einführung eines Sozialtickets zu unterbreiten. Parallel dazu wird die Verwaltung gebeten, erneut auszuloten, ob durch Beschluss der Verbandsversammlung ein einheitliches Sozialticket im VRR angeboten werden kann.

Begründung: Die Begründung erfolgt mündlich.